



## Parité-Gesetz im Bundestag Im Jubiläumsjahr nach der Hälfte der Macht greifen

SIBILLE HEINE

**zwd Berlin.** Kanzlerin, Parteivorsitzende, Generalsekretärin, diese politischen Ämter bekleiden Frauen 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts. Doch entsprechend ihrem Anteil von 51 Prozent an der Bevölkerung sind Frauen in keinem einzigen deutschen Parlament vertreten. Die Zahlen sind in den letzten Jahren sogar rückläufig. Das bringt neue Bewegung in die Debatte um ein Parité-Gesetz für die Bundesebene. Geht es nach vielen Frauenrechtlerinnen, sollte nach jahrelanger Stagnation in der parlamentarischen Frauenrepräsentanz nun das Jubiläumsjahr genutzt werden, um gemeinsam ein Paritätsgesetz durchzusetzen.

„Wir müssen jetzt den nächsten Schritt machen“, zeigte sich die SPD-Vizefraktionschefin Eva Högl auf einer Veranstaltung des Landesfrauenrats Berlin zum Thema Paritégesetz am 23. April ambitioniert. Dass der Frauenanteil im Bundestag nach der letzten Wahl im Herbst um 6 Prozent auf nur noch 31 Prozent gesunken ist, nannte Högl „im Jahr 2018 total unangemessen“. Mit Blick auf die Grünen, die Linke und SPD im Bundestag machte sie deutlich, dass Quoten in der Politik das einzige wirkungsvolle Mittel seien, um den Frauenanteil zu erhöhen. So sind in der Grünenfraktion 58 Prozent weibliche Abgeordnete und 53,6 Prozent bei den Linken, dank fester Regeln für die geschlechtlich alternierende Besetzung der Wahllisten. Die SPD mit einer Geschlechterquote von 40 Prozent hat diesen Mindestwert im Bundestag seit 2013 nicht mehr unterschritten und liegt in dieser Legislatur bei 41,8 Prozent weiblichen Abgeordneten. Negativbeispiele bilden demgegenüber Liberale, Union und AfD, deren Frauenanteil in den Bundestagsfraktionen unberührt von Quoten 22,5 Prozent, 19 Prozent und sogar nur 10,8 Prozent betragen.

### Keine Angst vor der Wahlrechtsreform

Angesichts der niedrigen Frauenanteile in den bürgerlich konservativen bis rechten Reihen des Bundestages und deren Weigerung, in ihren Parteien mit Quoten für eine bessere Repräsentanz

von Frauen zu sorgen, ist für Högl eine Reform des Wahlrechts unerlässlich. Die Rufe nach dieser Reform werden auch aus einem anderen Grund lauter: Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) forderte ebenfalls eine Neuregelung in Anbetracht des großen Plenums, das aktuell aufgrund zahlreicher Ausgleichs- und Überhangmandate 709 Abgeordnete zählt – bei einer Soll-Größe von 598 Mitgliedern. Von einer Regelung für eine geschlechtergerechte Verteilung der Sitze im Bundestag ist in der Reformdebatte seitens des Bundestagspräsidenten jedoch nichts zu vernehmen. „Wenn wir sowieso Wahlrechtsreform machen, dann wollen wir 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts auch unsere Frauenanliegen durchsetzen“, unterstrich Högl ihre Forderung. Parité und Repräsentanz von Frauen in der Politik müssten bei der Reform auf die Tagesordnung.

### Hilfe von den Unionsfrauen?

Unterstützung für das Anliegen könnte dabei von der Union kommen. Zuletzt hatte die neue CDU-Generalsekretärin Kramp-Karrenbauer den niedrigen Frauenanteil im Parlament gerügt und eine Wahlrechtsreform unter Verweis auf das französische Parité-Gesetz gefordert. Für ihre eigene Partei hatte jüngst die Frauen Union eine Quotenregelung gefordert, die für mehr Frauen aus Reihen der Christdemokraten in den Parlamenten sorgen soll (siehe Artikel Seite 14).

**Bild oben:** Der Vorstand des Landesfrauenrats Berlin mit Besuch aus dem Bundestag (v.l.n.r.): Christine Rabe, Barbara Scheller, Eva Högl, Anne Kräuchi.

Nach der Veranstaltung verschickte der LFR einen offenen Brief an die Abgeordneten von Berlin:

„Menschen werden – nicht nur – in unserem Kulturkreis als Frauen und Männer erzogen und haben sehr verschiedene Lebensentwürfe (dabei wird auch das jetzt anerkannte dritte Geschlecht nicht oder nur marginal berücksichtigt). Sie haben nicht die gleichen Chancen, ihr passives Wahlrecht wahrzunehmen. Damit Frauen ihre Interessen auch in den Parlamenten vertreten können, bedarf es auch einer Veränderung der politischen Kultur (z.B. klare Kommunikations- und Anwesenheitsregeln, die Nutzung digitaler Medien für Debatten), aber es braucht zunächst auch eine genügend große Anzahl von Frauen, um diese Veränderungen um- und durchzusetzen. Der Landesfrauenrat Berlin fordert Sie und Ihre Fraktionen auf, dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer gemäß ihres Anteils in der Bevölkerung zu gleichen Teilen im Parlament vertreten sind, ihr passives Wahlrecht wahrnehmen und politische Verantwortung übernehmen können.“